

Der sozialdemokratische Kämpfer



ORGAN DES BUNDES SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 11/12 - 1994

November/Dezember 1994

15 Schilling

„Mit uns zieht die neue Zeit“ Die SPÖ braucht nach dem 9. Oktober neues Selbstbewußtsein

Die Nationalratswahl vom 9. Oktober brachte der SPÖ das schlechteste Ergebnis seit Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts 1918. Auch in der Ersten Republik ist die Sozialdemokratie bei Nationalratswahlen nie unter einen Anteil von 35 Prozent abgesunken. Allein seit 1986 sind der SPÖ mehr als 470.000 Stimmen abhanden gekommen, seit 1979, dem besten Wahlergebnis der Ära Kreisky, sind sogar 795.000 Stimmen verlorengegangen. Markiert der Stimmenanteil von 34,92 Prozent, den die SPÖ am 9. Oktober erreicht hat, den Punkt, von dem an es nur noch wieder aufwärtsgehen kann oder muß man mit einem weiteren Abrutschen rechnen?

Die Niederlage der SPÖ bei der Nationalratswahl 1994 ist der vorläufige Endpunkt einer Entwicklung, die schon 1983 eingesetzt hat, als die absolute Mehrheit verloren ging. Es folgte die Niederlage des SPÖ-Kandidaten bei der Wahl des Bundespräsidenten 1986 und der Verlust von 4,5 Prozentpunkten bei der Nationalratswahl 1986. Bei der Nationalratswahl 1990 erwischte es den Koalitionspartner ÖVP schwer. Der Stimmenanteil der ÖVP sank bei dieser Wahl von 41,30 Prozent auf 32,1 Prozent, und das bedeutete auch den Verlust von 17 Mandaten. 1992 verlor ein weiterer SPÖ-Kandidat die Wahl des Bundespräsidenten. Bei allen Landtagswahlen in der Zwischenzeit, mit Ausnahme der im Burgenland, büßte die SPÖ Stimmen ein. Im Parlament kam es zu einem bemerkenswerten Zusammenwirken von ÖVP und FPÖ bei der Wahl eines ÖVP-Mannes zum Rechnungshofpräsidenten. Alles in allem hat die SPÖ seit 1983 immer mehr an Einfluß eingebüßt. Dabei ist es ein schwacher Trost, daß es auch am 9. Oktober gelungen ist, stärkste Partei zu bleiben.

Die SPÖ muß nach dem 9. Oktober wieder Selbstbewußtsein gewinnen. Damit ist nicht das Selbstbewußtsein als Kanzlerpartei gemeint, sondern das Selbstbewußtsein einer Partei im historischen Sinn. Die Sozialdemokratie darf sich nicht selbst zum Kanzlerwahlverein reduzieren, sondern muß sich als die Kraft verstehen, die dem Kanzler und der Regierungsfraktion, so sie wieder Regierungsverantwortung übernehmen, die Ideen liefert und dazu noch die weit

über den Tag hinaus reichende Vision der Zukunft. Vielleicht ist die Parteiprogramm-Diskussion eine erste Gelegenheit, mitreißende Visionen zu entwickeln. Es genügen schon ein, zwei oder drei zündende Ideen, die zum Thema an den Arbeitsplätzen und Wirtschaftstischen werden, die zu Diskussionen in den Medien führen und die Phantasie der Menschen beflügeln. Mit einem Wort: Die SPÖ muß wieder die Themen der politischen Diskussion bestimmen.

Als nächstes politisches Ziel gilt es, 1996 bei der Gemeinderatswahl in Wien die sozialdemokratische Mehrheit wie-



Nach dem 9. Oktober: Nachdenken über die Zukunft tut not (Votavafoto Wien).

Wer hat Harald gesehen?

Der 17jährige Wiener Harald H., Aktivist der sozialdemokratischen SchülerInnenorganisation „Aktion kritischer Schüler“, fuhr am 20. Oktober mit der Bahn nach Innsbruck, um dort an der Demonstration gegen den Burschenschaftler-Kommer teilzunehmen (siehe Seite 7). Am 21. Oktober um 1.57 Uhr wurde sein auf den Gleisen leblos liegender Körper von einem Güterzug am Stadtrand von Innsbruck überrollt. Viele Indizien deuten auf Mord! Zweckdienliche Hinweise an die Telefonnummer 0 66 3 / 911 73 00. Die Freiheitskämpfer bitten um Spenden für die Aufklärung dieses Falles auf BAWAG 10010670000.

der zu erobern. Das ist eine schwierige Aufgabe, denn der Stimmenanteil der SPÖ lag am 9. Oktober in Wien bei 38,5 Prozent, und in keinem Bezirk gab es mehr eine absolute sozialdemokratische Mehrheit. Um Wien wird es die „Mutter aller Wahlschlachten“ geben, den Generalangriff der FPÖ auf die letzte rote Bastion. Wien will Jörg Haider zum Sprungbrett auf dem Weg zum Bundeskanzleramt machen. In Wien muß der FPÖ-Obmann daher gestoppt werden.

Die Sozialdemokratie braucht es sich nach dem 9. Oktober wahrlich nicht verdrießen lassen. Es gilt, das Wort „Mit uns zieht die neue Zeit“ mit neuen Inhalten zu versehen, neuen Schwung zu gewinnen und mit echtem Kampfgeist in die Auseinandersetzung um die Zukunft Österreichs zu gehen. So wird es der SPÖ gelingen, die Hirne und Herzen der Menschen aufs neue zu erobern, und es wird wieder aufwärtsgehen. H. W.

„Wir müssen uns auf die alten Werte besinnen“

Bundeshauptversammlung der Freiheitskämpfer in Wien

Eine Woche nach der Nationalratswahl fand am 15. Oktober im Haus der Begegnung in Wien-Floridsdorf die Bundeshauptversammlung des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus unter dem Motto „Wehret den neuen Anfängen“ statt. Der in seiner Funktion bestätigte Bundesvorsitzende, Genosse **Hugo Pepper**, rief dazu auf, es sich nicht verdrießen zu lassen: „Wir haben hartnäckig zu sein und werden unsere politische Arbeit mit demselben Schwung wie bisher leisten!“

Die Bundeshauptversammlung, zu der 72 Delegierte gekommen waren, wurde mit Arbeiterliedern eröffnet, die vom Chor des ÖGB vorgetragen wurden. Sozialminister **Josef Hesoun** nahm in einer Begrüßungsansprache Bezug auf das Ergebnis der Nationalratswahl vom 9. Oktober. Die Sozialdemokratie sei in ihrer Geschichte schon oft totgesagt worden, sie dürfe sich jetzt gegen den voll entbrannten Angriff der politischen Rechten nicht nur wehren, sondern müsse auch selbst angreifen.

Das politische Referat hielt dann Genosse **Dr. Heinz Kienzl** zum Thema „Der Zeitgeist und die Kernschichten“. Nach einer Analyse der Ursachen des Nationalrats-Wahlergebnisses beschäftigte sich Genosse Kienzl auch mit den Folgen. Die Zusammenarbeit von Gewerkschaft und Partei sei schlechter geworden, das schwäche die Partei fundamental. Den Arbeiterkammer-Präsidenten Vogler als „Sündenbock“ hinzustellen entwickle ÖGB und SPÖ wieder ein Stück auseinander, meinte Kienzl. Als elementare Ursachen des Wahlergebnisses seien subjektive Faktoren, Streitereien vor allem in den Landesorganisationen der SPÖ, der Verlust der Solidarität und Kameradschaft anzusehen.



„Ich halte es für notwendig, daß wir uns in hohem Maße wieder auf unsere alten Werte besinnen müssen!“, schloß Genosse Kienzl.

Dem Referat folgte eine Diskussion, an der sich zwölf Genossen beteiligten. Genosse **Pepper** stellte eine „Minuspräsentanz an Parteiführung“ bei der Bundeshauptversammlung fest.

Dr. Kurt Wegscheidler vom Sozial-



Bundeshauptversammlung 1994: Am Rednerpult Gen. Hugo Pepper (Fotos: Hans Waschek).

ministerium berichtete über eine Novelle zum Opferfürsorgegesetz, die derzeit in Begutachtung ist. Einleitend stellte der Redner fest, daß mit 1. Juli 1994 insgesamt 1.542 Opfer und 1.592 Hinterbliebene Rentenleistungen bezogen haben. Der Gesamtaufwand dafür habe 1985 ebenso viel betragen wie heute, nämlich 247 Millionen Schilling. Trotz abnehmender Zahl an Beziehern sei also der Gesamtaufwand konstant geblieben. Dr. Wegscheidler erinnerte an eine Entschließung des Nationalrats, wonach bis 27. April 1995 eine gesetzliche Regelung für die Schaffung eines Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus verabschiedet werden soll.

Den Kassenbericht legte dann Genosse **Ewald Deutsch** vor. Für die Kontrolle stellte Genosse **Eduard Goldmann** den Antrag auf Entlastung, der einstimmig angenommen wurde. Immer wieder von Applaus unterbrochen wurde der Organisationsbericht, den der Bundesvorsitzende, Genosse **Hugo Pepper**, vortrug. „Zwei Jahre Arbeit, zu der manche kritische Anmerkung möglich sein wird, liegen hinter uns. Im ganzen gewogen, sollten wir uns unsere Tätigkeit nicht zu schämen brauchen: Nur wer nichts tut, ist frei vom Risiko, Fehler zu begehen. Wir haben versucht, mit allen unseren Kräften für die gemeinsame gute Sache zu wirken“, sagte Genosse Pepper.

In der Diskussion berichtete Genosse **Rudolf Kaske** über den Verein „Nie-mals vergessen“. Genosse **Ernst Nedwed** meinte, der Bericht des Vorsitzenden sei optimistischer ausgefallen als die Realität. Öffentlichkeitsarbeit sei heute wichtiger denn je, der Name der

Organisation dürfe nicht verlorengehen. Auch Genosse **Bruno Litzka** hob die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit hervor und regte einen Pressedienst der Freiheitskämpfer an. Genosse **Schweighofer** aus Tirol nahm zum Tiroler Freiheitskommers Stellung, der für 22. Oktober geplant war.

Goldenes Ehrenzeichen

Einen Höhepunkt erreichte die Bundeshauptversammlung mit der Ehrung des Vorsitzenden, Genossen **Hugo Pepper**, und unserer Genossin **Gerti Much** mit dem goldenen Ehrenzeichen des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer.

Neuwahl des Bundesvorstandes

Bei der Neuwahl des Bundesvorstandes wurde Prof. **Hugo Pepper** als Vorsitzender einstimmig bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wurden gewählt die Genossen **Walter Faderny**, **Fritz Inkret**, **Kurt Schmidt** und **Alfred Ströer**. Die Genossen **Ewald Deutsch** und **Bruno Litzka** wurden zu Kassieren, die Genossin **Gerti Much** und Genosse **Peter Lhotzky** zu Schriftführern und die Genossen **Eduard Goldmann**, **Leo Mistinger**, **Kurt Neiger** und **Konrad Wurm** in die Kontrolle gewählt. Zu Beisitzern wurden folgende GenossInnen gewählt: **Josef Ackerl**, **Stefan Billes**, **Alexander Blum**, **Dr. Franz Danimann**, **Kurt Datzberger**, **Herbert Exenberger**, **Maria Hirschler**, **Maria Kaiser**, **Johann Kancz**, **Leo Lesjak**, **Ernst Nedwed**, **Hans Pawlik**, **Alice Rusz**, **Dr. Edgar Schranz**, **Hannes Schwantner**, **Otto Skritek** und **Gilbert Wasserberger**.



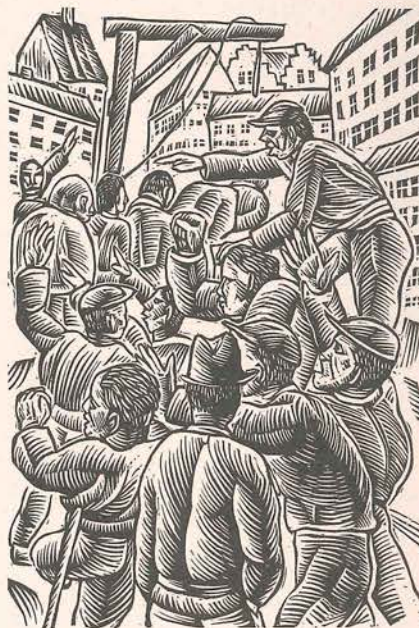
Vor 125 Jahren: Der Kampf um das Koalitionsrecht

Je weiter wir zu den Anfängen der ruhmreichen Geschichte der Arbeiterbewegung zurückgehen, so stoßen wir auf Persönlichkeiten, die in der Gegenwart nicht mehr bekannt sind. Mutige Helden, die sich für die Zukunft opferten. Unsere heutige Position wäre ohne sie nicht denkbar. In diesen Tagen wollen wir an die machtvolle Demonstration des 13. Dezember 1869 vor dem Reichsrat denken, die für das Koalitionsrecht und andere uns heute selbstverständliche Rechte eintrat.

Es war eine mächtige Demonstration auf dem Paradeplatz, der sich in Wien zwischen Universität und Parlament erstreckte. Diese Demonstration hatte für deren Organisatoren schwere Folgen und Drangsalierungen gebracht. Doch wurde durch diese Kundgebung das Koalitionsrecht vom 7. April 1870 ertrotzt. Damit wurden die „siamesischen Zwillinge“ Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften begründet. Trotz Verurteilung im Hochverratsprozeß und Verbot der meisten Arbeitervereine war der Grundstein gelegt für den weiteren Kampf um die politische und gewerkschaftliche Gleichberechtigung.

Von der Demonstration vor dem zusammen tretenden Reichsrat sei in diesem Aufsatz die Rede. Sicher folgten in den 125 Jahren seither kleine und größere Niederlagen, doch sind gerade die Ereignisse von damals ein beredtes Zeichen, daß sich die Idee der demokratischen Rechte für alle, die historisch bedingt ist, nicht töten läßt. Möge dieser Aufsatz uns trösten, in der Zeit, wo wir jüngst eine Niederlage erlitten haben.

Folgen wir der Darstellung des Pioniers der Buchdruckergewerkschaft Karl Höger: „Am 13. Dezember 1869 nach 8 Uhr morgens strömten von allen Seiten die Massen der Arbeiter zum sogenannten Paradeplatz. Wie durch einen Zauberschlag herbeigerufen, standen bald 20.000 Menschen auf dem weiten Platz. Von allen Seiten kam Zuzug, und zahlreiche Neugierige verstärkten die angesammelte Menge, welche von Minute zu Minute anwuchs. Von den Bauten am Schottenring strömten die Bauarbeiter herbei. Was war los? Die Arbeiter hatten beschlossen, dem Reichsrat, der zu seiner Session zusammentrat, eine Petition zu überreichen, in der sie ihre Forderungen deutlich zum Ausdruck bringen wollten. Der Versuch gelang. Dem Ministerpräsidenten Graf Taaffe wurde die Bittschrift überreicht. Drei Arbeiter – Baudisch, Hartung und Friedrich Pfeiffer – übergaben sie dem Ministerpräsidenten. Der Ministerpräsident nannte das Vorgehen der Arbeiter zwar revolutionär, versprach aber, die Petition dem Ministerrat vorzulegen. Nach dem Rendezvous am Paradeplatz zog die angesammelte Menge in ge-



schlossenen Reihen über die Mariahilfer Straße und über verschiedene Seitengassen nach Fünfhaus zum großen Bierlokal Zobel, wo in einer Versammlung Bericht erstattet wurde. Mit Rufen „Es lebe die Sozialdemokratie“ endete die Versammlung.

Die Petition verlangte ein uneingeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht, absolute Pressefreiheit, das gleiche und direkte Wahlrecht und das **Koalitionsrecht**. Der letzte Absatz der Resolution lautete: „Sollten die erwähnten Forderungen in dieser Reichsrats-session keine Beachtung finden, kann es geschehen, daß das Volk wieder und in größeren Massen erscheint, um seinen Willen kundzutun.“ Die ganze Regierung war durch die entschlossene Haltung der Arbeiter aufgeschreckt.

Die Regierung schritt zwar zur Beschließung eines Koalitionsrechts, doch zugleich ließ sie die Deputation und die übrigen Anführer der Manifestation verhaften. Es folgte eine stärkere Verfolgung der Arbeitervereine und ihrer Funktionäre. Ihnen wurde dann der Hochverratsprozeß gemacht. Der Verhaftung war Hermann Hartung, der führende Mann der damaligen Arbeiter-

bewegung, auf den es Graf Taaffe besonders scharf hatte, durch Flucht in die Schweiz entkommen. Den Verhafteten legte der Staatsanwalt zur Last, daß die Demonstration vor dem Reichsrat nichts anderes war als die Generalprobe zur Revolution, der letzte Absatz der Petition eine Bedrohung der Regierung bedeute und daß der Eisenacher Parteitag der deutschen Sozialdemokratie den Verhafteten als Richtschnur ihres Handelns diene. Dieser Parteitag habe ein Programm, dessen Verwirklichung, ja schon die Agitation dafür und seine Verbreitung das Verbrechen des Hochverrats darstellt. In Kreisen der Arbeiterbewegung erkannte man, daß es die Absicht der Regierung war, durch Verhaftung ihrer Spitzenfunktionäre die Arbeiterbewegung zu „köpfen“.

Hermann Hartung, der hervorragende Arbeiterführer der Jahre 1867 bis 1869, entkam, wie erwähnt, in die Schweiz. Er hatte am 9. Arbeitertag ein Programm vorgelegt, das sich als erstes „sozialdemokratisches Programm“ nannte. Es war ein Programm, das grundsätzliche Forderungen enthielt, die über die damalige Tagespolitik Österreichs hinausreichten. Es forderte neben dem Koalitionsrecht die Selbstbestimmung der Völker. Doch wollte es am Boden der Legalität die Erfüllung der Forderungen erreichen. Die sture und reaktionäre Haltung der Regierungen zwang ihn bald, radikaler zu werden. Das sozialdemokratische Programm aber war dennoch, für den, der zwischen den Zeilen zu lesen vermag, eine Kampfansage an die Gesellschaft. Kein Wunder daher, daß der Staatsanwalt auch dieses Programm beim Hochverratsprozeß für seine Zwecke ausnützte. Die „Liberalen“ von damals hielten zwar viele Besprechungen über die Arbeiterfrage ab, konnten aber mit ihren Vorstellungen diese nicht lösen.

Schon damals zeigte die Regierung ihre Ausländerfeindlichkeit. Ausweisungen waren an der Tagesordnung. Die Ausweisung traf vor allem jene, die in anderen Kronländern und in Deutschland beheimatet waren. Die Regierung ließ sich vernehmen: „Ausländer sind es vor allem, die den Geist der Revolution verbreiten.“ Wir werden an die Ausländerfeindlichkeit der Reaktionäre von heute erinnert. Wahrheitswidrig wird verbreitet, daß es die Ausländer sind, die Verbrechen begehen. Das in einer werdenden Weltgesellschaft und einem der Vereinigung zustrebenden Europa!

Der Schrecken der Demonstration der Arbeiter vom 13. Dezember 1869 lag der

(Fortsetzung auf Seite 4)



(Fortsetzung von Seite 3)

Regierung Taaffe in den Gliedern. Schon am 14. Dezember 1869 mußte der Justizminister Dr. Herbst eine Vorlage für ein Koalitionsrecht einbringen. In ungewohnter Eile wurde im Reichsrat daran gearbeitet, um so rasch wie möglich ein Koalitionsrecht zustande zu bringen. Man wollte der Arbeiterbewegung den Wind aus den Segeln nehmen und zugleich diese vernichten. Durch die Verhaftungen glaubte man, wenn man die Arbeiterbewegung von ihren Führern trennt, könnte man sie zerstören. Das glaubte auch später der Austrofaschismus. Er hängte die Führer der Sozialdemokraten und sperrte Tausende ein, verbot ihre Organisationen und schuf solche, die dem Austrofaschismus genehm waren und kümmerte sich nicht, daß damit dem Nazifaschismus Tür und Tor geöffnet wurde. Die Arbeiterbewegung entstand 1945 wieder. Auch heute bemühen sich Reaktionäre, die Funktionäre der Arbeiterbewegung zu verleumden und damit die Arbeiterschaft zu inhalieren.

Wie das Koalitionsrecht des Dr. Herbst aussah, kann man darin erkennen, daß jetzt Streiks zugelassen waren, aber ihre errungenen Erfolge hatten keine rechtliche Wirkung.

1867/68 bildeten sich neben den Arbeiterbildungsvereinen auch Gewerkschaften, doch bewegten sie sich hart an der Legalität, weil sie sich als Fachbildungsorganisationen tarnen mußten. Bei den Sitzungen und Versammlungen war der anwesende Polizeikommissar ein unumschränkter Herr. Er unterbrach die Redner, verwarnete sie oder ließ sie verhaften. Die Arbeiterbildungsvereine und „Gewerkschaften“ waren anfangs noch durch den Streit zwischen Anhängern von Schulze-Delitzsch, der die „Selbsthilfe“ verlangte, und den Lassallianern mit ihrer „Staatshilfe“ gespalten. Doch siegten die Lassallianer, und die Anhänger von Schulze-Delitzsch fristeten ihr Dasein, obwohl sie von den Regierenden bevorzugt wurden.

Das Koalitionsverbot war ein großes Hindernis am Wege des Fortschritts. Der Ruf nach einem Koalitionsrecht wurde seit 1869 immer lauter. Im Reichsrat gab es bereits einige Demokraten, die für dieses Recht eintraten, z. B. den Abgeordneten Dr. Roser. Der Wiener Arbeiterbildungsverein schuf sich eine eigene „Gewerbesektion“ und diskutierte wirtschaftliche und gewerkschaftliche Fragen. Es wurde der Zehnstundentag verlangt, Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, Verbot der Nachtarbeit und vor allem das **Koalitionsrecht**. Es sei daran erinnert, daß der Arbeiterbildungsverein schon Anfang 1868 eine Kranken- und Invalidenversicherung auf freiwilliger Basis schuf und eine obligatorische Kranken- und Invalidenversicherung verlagte. Das Vereins- und Versammlungsrecht gab

keine dauernde Möglichkeit, auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse Einfluß zu nehmen, wodurch die Forderung nach einem Koalitionsrecht verstärkt wurde. Im Norddeutschen Bund wurde das Koalitionsrecht bereits 1861 gewährt.

Im Oktober 1868 überreichten die Grazer dem Abgeordnetenhaus eine Petition für das Koalitionsrecht. In der Zeit vom Februar bis Mai 1869 überreichte Dr. Roser 52 Petitionen von Arbeitervereinen und Versammlungen um Gewährung des Koalitionsrechts. Weitere Petitionen aus Brünn und Linz folgten. In den Kronländern wurden zahlreiche gut besuchte Versammlungen mit Forderungen nach einem Koalitionsrecht abgehalten. Das alles machte den Zeitpunkt des 13. Dezember 1869 reif.

Es sei auch hier die Rolle von Dr. Tauschinsky erwähnt, einem der damaligen Führer der Arbeiterbewegung. Er war Professor an der Akademie für Bildende Künste und einer der ersten Intellektuellen in der Arbeiterbewegung, wie später Dr. Viktor Adler und Dr. Otto Bauer und die vielen anderen. Er wurde wegen seiner Betätigung in der Arbeiterbewegung von seinem Posten vertrieben und zerbrach „seelisch“ an seinem Mißgeschick.

Auch solcher Helden sollte man gedenken, die mehr Idealisten als Kämpfer waren. Um der Auflösung ihres Vereines zu entgehen, veranstalteten die Arbeitervereine Volksversammlungen und nannten sie „Arbeitertage“. In diesen

Ausstellung: Jüdische Arbeiterbewegung

„Proletarier und Revolutionäre“ ist der Titel einer Ausstellung über die jüdische Arbeiterbewegung, die noch **bis 29. Jänner 1995** im Jüdischen Museum der Stadt Wien im Palais Eskeles (1, Dorotheergasse 11) zu sehen ist. Die sehr sehenswert gestaltete Ausstellung wurde vom Beth Hatefutsoth in Tel Aviv erarbeitet und erzählt die Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung in Europa und in den USA vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts an Hand von Dokumenten, Plakaten, Flugzetteln, Fotos, Fahnen, Videos, Dias und dreidimensionalen Objekten, wie einer betretbaren Schneiderwerkstatt vom Beginn des Jahrhunderts.

Öffnungszeiten: **Sonntag bis Freitag von 10 bis 18 Uhr, Donnerstag von 10 bis 21 Uhr.** Eintritt: 50 Schilling. Kostenlose Führungen finden jeden Donnerstag um 19 Uhr sowie an Sonntagen um 11, 14 und 15.30 Uhr statt. Sonderführungen für Gruppen zum Preis von 360 Schilling nur nach Voranmeldung (Tel. 535 04 31).

wurden vor allem die „gefährlichen“ Forderungen erörtert. Die Arbeiterbewegung schuf sich auch eine eigene Zeitung, die „Volksstimme“, die eine verhältnismäßig große Verbreitung fand. Auch die Vorsprache einer Arbeiterdeputation beim Innenminister Dr. Giskra sei hier erwähnt. Diese fand im Mai 1868 statt. Als die Arbeitervertreter dem Innenminister ihre Forderungen überreichten, gab dieser von sich: „Das allgemeine Wahlrecht ist ein Blödsinn. Es taugt für Österreich weder jetzt noch jemals. Die Soziale Frage ist ein Schlagwort. Diese hört bei Bodenbach auf (Grenze gegen Deutschland).“ Dr. Giskra ist seither in das „Lachkabinett der Geschichte“ eingegangen. Die Veranstaltungen der Jahre 1868 und 1869 ergeben ein Mosaik, das sich bis zur denkwürdigen Veranstaltung vom 13. Dezember 1869 dahinzieht.

Hochverratsprozeß 1870

Die Regierung bemühte sich schon Monate vor dem Hochverratsprozeß, der im Juli 1870 stattfand und 12 Tage dauerte, für eine harte Bestrafung der Arbeiterfunktionäre Stimmung zu machen. Der Hochverratsprozeß brachte auch harte Strafen. Oberwinder erhielt 6 Jahre, Most, Andreas Scheu und Probst je 5 Jahre schweren Kerkers. Sämtliche Beschuldigte benahmen sich sehr tapfer und unerschrocken, obwohl sie wußten, was ihnen von der Klassenjustiz drohte.

Mit der Verkündung der Urteile löste die Regierung Potocky fast sämtliche Arbeitervereine auf. Doch kaum war die Kunde von der Auflösung der Vereine zu den Massen gelangt, kam es zu großen Tumulten und Demonstrationen. Militär wurde eingesetzt. Schließlich mußte die Regierung Potocky nachgeben. Die Vereine blieben zwar aufgelöst, doch konnten neue, unter schwereren Bedingungen, gegründet werden. Doch ein Jahr später war die Arbeiterbewegung wieder intakt.

Gewerkschaft und Sozialdemokratische Partei erkämpften schließlich 1918/19 die politische Gleichberechtigung. Die Internationale Sozialdemokratie und die Freien Gewerkschaften sind Garanten der Zukunft. Die Opfer waren nicht umsonst. Denken wir im Dezember an die mutigen Arbeiterfunktionäre der Zeit vor 125 Jahren.

Prof. Willi Krula

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Herbert Exenberger, Prof. Willi Krula, Leo Lesjak, Prof. Hugo Pepper, Hans Waschek.



„Die Gefahr nicht bagatellisieren“

Neonazi Gottfried Küssel zu elf Jahren Haft verurteilt

Der 36 Jahre alte Neonazi **Gottfried Küssel** wurde am 19. Oktober von einem Wiener Geschworenengericht zu einer Freiheitsstrafe von elf Jahren unbedingt verurteilt. Im ersten Prozeß hatte Küssel 1993 zehn Jahre unbedingt erhalten, dieses Urteil wurde jedoch vom Obersten Gerichtshof wegen Formalfehler aufgehoben. Das nunmehrige Urteil ist rechtskräftig, weil Küssel die von ihm angekündigten Rechtsmittel wenige Tage nach der Urteilsverkündung zurückgezogen hat.

Die Geschworenen erkannten Küssel in drei von vier Anklagepunkten der Wiederbetätigung für schuldig. Sie folgten damit überwiegend der Anklage. Staatsanwalt **Sepp-Dieter Fasching** hatte Küssel vorgeworfen, die „Volkstreue Außerparlamentarische Opposition“ (VAPO) 1986 gegründet und sich bis zu seiner Verhaftung am 7. Jänner 1992 in dieser Verbindung führend betätigt zu haben. Er habe dadurch „zumindest auf längere Sicht“ auf die Beseitigung der Rechtsordnung, die Errichtung einer nationalsozialistischen Regierung und die Einbringung in ein wiederzuerrichtendes großdeutsches Reich hingearbeitet. Eindeutig mit 8:0 Stimmen sprachen die Geschworenen Küssel für die Gründung der VAPO im Jahr 1986 schuldig. Im Anklagepunkt der führenden Betätigung innerhalb der VAPO fiel der Schuldspruch mit 5:3 knapper aus.

Abgesondert verfolgt wird der Verdacht der „Bestimmung eines Unbekannten zur Tötung des Ingo Hasselbach“ gegen Küssel, um den Staatsanwalt Fasching die Anklage ausgeweitet hat. Auf den Berliner Hasselbach gab es



Neonazi Gottfried Küssel im Landesgericht (Votavafoto Wien).

nach seinem Ausstieg aus der rechtsextremen Szene im November 1993 einen Mordanschlag mittels einer – nicht expodierten – als Postsendung getarnten Bombe. Als möglichen Auftraggeber hatte Hasselbach vor der Berliner Polizei Gottfried Küssel genannt.

Bei der Strafbemessung rechnete Richterin **Klothilde Eckbrecht**, die den Geschworenen Neonazivideos vorführen und den Neonazi Schimanek jun. im Gerichtssaal verhaften ließ, den Angeklagten ein „Tatsachengeständnis zu einzelnen Teilen der Anklage“ als einzigen Milderungsgrund an. Erschwerend

waren dagegen Küssels getrübt Vorleben, einschlägige Vorstrafen, ein rascher Rückfall noch während einer dreijährigen Probezeit nach einer bedingten Verurteilung, die Wiederholung einzelner Tathandlungen sowie der Umstand, daß er andere, vor allem junge Menschen, zu strafbaren Handlungen motiviert habe.

Dem Staatsanwalt ist recht zu geben, wenn er in seinem Schlußplädoyer über Gottfried Küssel gesagt hat: „Die konkrete Gefahr, die von ihm ausgeht, zu bagatellisieren, würde einer fatalen Fehleinschätzung gleichkommen.“

Verein „Niemals Vergessen“ präsentiert „Auslandszivildienst“

Im Mai dieses Jahres wurde der Verein „Niemals Vergessen“, der sich die Förderung von Holocaust-Gedenkstätten und die Betreuung von Opfern des Holocausts zur Aufgabe gemacht hat, gegründet.

Vorsitzender von „Niemals Vergessen“ ist Rudolf Kaske, Zentralsekretär der Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst, und Geschäftsführer Hannes Schwantner. Als Stellvertreter(innen) fungieren Irmgard Schmidlechner, Vizepräsidentin des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Prof. Hugo Pepper, Vorsitzender der sozialistischen Freiheitskämpfer und Willi Mernyi, Jugendsekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.

Das erste Projekt des neu gegründeten Vereins nennt sich „Auslandszivildienst“. Anlässlich der 50jährigen Befreiung des Konzentrationslagers Majdanek/Polen im Juli dieses Jahres plante der Verein „Niemals Vergessen“, vorerst einem interessierten Burschen ein Jahr „Auslandszivildienst“ im Konzentrationslager Majdanek zu ermöglichen. Die Aufgaben des „Auslandszivildienstlers“ umfassen die gesamte Arbeit im Archiv

und in der Bibliothek, im speziellen jedoch die Aufarbeitung und Strukturierung der vorhandenen Daten. Die gesamten Lebensunterhaltskosten samt der Unterbringung in der nahegelegenen Stadt Lublin wird über den Verein „Niemals Vergessen“ durch Spenden und Förderungen aufgebracht.

Der Vorsitzende **Rudolf Kaske** dazu: „Die Gründung dieses Vereins und das Engagement seiner Gründungsmitglieder ist, gerade in der heutigen Zeit erneut aufkeimenden Rechtsradikalismus, als ein deutliches Zeichen und ein weiterer Beitrag in Richtung Frieden und Demokratie, aber auch Vergangenheitsaufarbeitung zu betrachten.“

Interessierte oder auch jene, die dem Verein „Niemals Vergessen“ ihre Unterstützung geben wollen, wenden sich bitte an: Verein „Niemals Vergessen“, Hohenstaufengasse 10, 1010 Wien, Tel.: (0 22 2) 534 44/501.

**„Beitrag in Richtung
Frieden und Demokratie“**

Symposium „Gewerkschaften im Ständestaat“

Sie mußten die Greuel der Nazizeit miterleben und kämpften auch illegal für die Rechte der Arbeitnehmer, was nicht selten den Verlust der Freiheit oder gar den Tod zur Folge hatte: österreichische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Widerstand. Bei einem Symposium zum Thema „Gewerkschaften im Ständestaat“, das vom Institut zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern und dem Referat Bildung-Freizeit-Kultur des Österreichischen Gewerkschaftsbundes vor kurzem veranstaltet wurde, erzählten prominente Zeitzeugen, wie zum Beispiel Alt-ÖGB-Präsident **Anton Benya**, Prof. **Wilhelm Krula**, **Alfred Ströer** und **Hedwig Immervoll** aus dieser dunklen Epoche der österreichischen Geschichte und über die Rolle der Gewerkschaften darin.

Den wissenschaftlichen Hintergrund dazu lieferten die Referate von **Dr. Peter Pelinka** („News“), Univ.-Doz. Prof. **Dr. Herbert Steiner** (Universität Wien), **Herbert Exenberger** (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes) sowie Univ.-Doz. **Dr. Walter Göhring** (Institut zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern).

Univ.-Doz. **Dr. Walter Göhring** berichtete in seinem Beitrag „Der illegale ‚Bund der Freien Gewerkschaften Österreichs‘, die Arbeiterkammern und die Einheitsgewerkschaft im Ständestaat“, daß knapp nach der Ausschaltung des Parlaments durch Dollfuß auch die Abschaffung der Arbeiterkammer

gefordert worden war. Um die Jahreswende 1933/34 wurde eine Verwaltungskommission für die AK errichtet; die Arbeiterkammern wurden Geschäftsstellen der austrofaschistischen Einheitsgewerkschaft. Die endgültige Auflösung der AK erfolgte 1938 durch die Eingliederung Österreichs in das NS-Regime. 1934 bis 1938 bemühte sich der „Bund der Freien Gewerkschaften Österreichs“ mit allen legalen Mitteln um die Wiedererrichtung demokratischer Rechte.

Univ.-Doz. **Dr. Herbert Steiner** hob in seinem Referat „Die Rolle der Gewerkschaften im österreichischen Widerstand“ hervor, daß die Arbeiterbewegung viele über die Verfassung hinausgehende demokratische Rechte, die heute in Österreich verankert sind, erkämpft hat und trotz Verfolgung bis zur Befreiung Österreichs dafür eintrat. Die Demokratie sei nur gesichert, wenn den Menschen ihre Rolle in ihr bewußt gemacht werde.

Auf den aktuellen Bezug dieses Symposiums ging schließlich auch **Herbert Exenberger** in seinem Beitrag „Die Zeichen der Zeit erkennen – Rechtsextremismus heute“ ein. Er erinnerte daran, daß die Delegierten des ersten Kongresses des Österreichischen Gewerkschaftsbundes die Bekämpfung des Faschismus explizit in die Statuten des ÖGB aufgenommen hatten und zitierte aus einer Mahnung des engagierten Gewerkschafters und Antifaschisten **Josef Hindels** an die Jugend, daß alle demokratisch Gesinnten „aus der Erinnerung

an eine grauenhafte Vergangenheit... die Kraft für die antifaschistische Wachsamkeit schöpfen...“ könnten und auch sollten.

Agnes Broessler

Berufsschüler wehren sich gegen Nazi-Lehrer

Die Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) ist entsetzt darüber, daß an Österreichs Schulen „Lehrer“ mit nationalsozialistischem Gedankengut, wie der nun suspendierte Berufsschullehrer Richard R., ihr Unwesen treiben und beispielsweise die Existenz von Gaskammern während des 2. Weltkrieges in Abrede stellen. Gleichzeitig ist die ÖGJ jedoch von der Tatsache begeistert, daß junge Menschen Mut bewiesen haben, sich gegen diese nationalsozialistische Wiederbetätigung zu wehren.

Der Bundessekretär der Österreichischen Gewerkschaftsjugend, **Willi Mernyi**, stellte dazu fest: „Dies zeigt uns ganz deutlich, daß die österreichische Jugend nicht desinteressiert und obrigkeitshörig ist, sondern Aussagen hellhörig und kritisch gegenübersteht. Selbst Äußerungen einer ‚Autoritätsperson‘ werden hinterfragt. Diese Courage ist beispielhaft und kann durchaus als Vorbild für jene gelten, die die Zeit des Holocausts noch miterlebt haben und eigentlich die ersten sein müßten, die ihre Stimme gegen derartig ‚Ewiggestrige‘ erheben sollten.“ Die ÖGJ hat für Fragen und Informationen zum Thema „Braunes Gedankengut im Unterricht“ folgende Servicetelefonnummer eingerichtet: 0 22 2/534 44/320 Dw.

Johann Gärtner 1894 bis 1944

„Die Leichen werden durch die Gemeinde Wien in den Abendstunden, etwa 18 Uhr 30 von der ho. Untersuchungsanstalt in die gesperrte Abteilung des dortigen Friedhofes überführt und bitte ich die Beerdigung sofort durchführen zu lassen. Die Leichen sind den Angehörigen zur Beerdigung nicht freizugeben, es darf daher außer den Polizeibeamten an der Beerdigung niemand teilnehmen.“

In diesem Schreiben an die Verwaltung des Wiener Zentralfriedhofes vom 8. November 1944 informiert das Wiener Landesgericht über den Vollzug von 15 Todesurteilen und ordnet die Verscharrung der Leichen bei Nacht und Nebel an. Unter den Opfern der Nazibarbarei befand sich auch der Wiener Straßenbahner **Johann Gärtner**. Der Straßenbahnschaffner Johann Gärtner, geboren am 17. Juni 1894 in Wien, war in der Sozialdemokratie organisiert und Mitglied der Freien Gewerkschaften. Gemeinsam mit seiner Ehefrau Anna und anderen Freunden sammelten sie Unterstützungsgelder für Angehörige verfolgter Kolleginnen und Kollegen – Johann Gärtner im Betriebs-



bahnhof Rudolfsheim – und verbreiteten antinazistische Flugschriften.

Der 5. Senat des nazistischen Volksgerichtshofes – Senatspräsident Dr. Albrecht, Landesgerichtsdirektor Dr. Münstermann, SA-Obergruppenführer Haas, SA-Brigadeführer Rapell, SS-Oberführer Langoth und Kammergerichtsrat Bischoff – verurteilte am 16. August 1944

Johann Gärtner wegen seiner Beitragsleistungen für die „Rote Hilfe“, wegen der Verbreitung kommunistischer Flugschriften und weil er Auslandssender abgehört hatte, zum Tode. „Ein solcher Verräter macht sich für immer ehrlos. Er kann seine Tat nur mit dem Tode sühnen“, stellten die Nazirichter dazu fest. Johann Gärtner wurde am 8. November 1944 um 18.13 Uhr im Wiener Landesgericht enthauptet.

Heute erinnert im 15. Wiener Bezirk, in der Schwendergasse 53, eine Gedenktafel an dieses konsequente Antifaschisten. Es heißt hier: „Johann Gärtner. Gelebt und gewirkt für Einheit und Freiheit. Hingerichtet in der Ära des Faschismus am 8. 11. 1944.“ Bei der Gedenktafel anlässlich der Enthüllung der Tafel am 10. November 1946 sprachen die Genossen Gemeinderat Leo Mistinger und Stadtrat Franz Novy. Unsere „Arbeiter-Zeitung“ schrieb darüber am 12. November 1946:

„Als nach den Februartagen die Organisationen der Wiener Arbeiter zertrümmert und ihre Funktionäre in Kerker und KZ geworfen wurden, sprang auch mancher bis dahin unbekannte Straßen-

(Fortsetzung auf Seite 7)



„Gesamttiroler Freiheitskommers“

Ein „Gesamttiroler Freiheitskommers“, veranstaltet von der sattem bekannten rechten Burschenschaft „Brixia“, fand am 22. Oktober in Innsbruck statt. Unter dem Motto „Europa im Umbruch – wo bleibt Südtirol“ wollten die Veranstalter den 75. Jahrestag des „Diktats von St. Germain“ zum Anlaß nehmen, um treudeutschen Bekennermut zu demonstrieren. Dank eines Großaufgebotes an Exekutive kam es zu keinen Zwischenfällen bei dieser Veranstaltung, gegen deren Abhaltung zahlreiche Organisationen, darunter auch die Freiheitskämpfer, protestiert hatten.

Die veranstaltende Burschenschaft „Brixia“ war bereits 1961 an der Schändung des jüdischen Friedhofs in Innsbruck beteiligt und verteilte 1988 an der Universität Innsbruck eine Broschüre des „Aula“-Verlages zum Anschluß, in der die Nazi-Greuel nicht vorkamen. 1989 wollte die „Brixia“ den notorischen Auschwitz-Lügner David Irving bei einer Veranstaltung in Innsbruck zu Wort kommen lassen. Noch unter der Amtsführung von Innenminister Blecha wurde Irving damals zur „persona non grata“ erklärt.

Zum „Gesamttiroler Freiheitskommers“ stellte der „Österreichische Turnerbund“ (ÖTB) die Turner („in Turnkleidung“) bei. Anmeldungen zur Fahrt nach Innsbruck nahm **Sepp Holzinger** entgegen, der auch kein Unbekannter ist. Er war Gründungsmitglied der Nationaldemokratischen Partei (NDP) von Dr. Norbert Burger und begründete die „Jahn-Wanderung“ des ÖTB, war „Gauberturwart“ in dieser Organisation und trat 1977 aus gesundheitlichen Gründen als Erster Landessprecher der NDP Oberösterreich zurück.

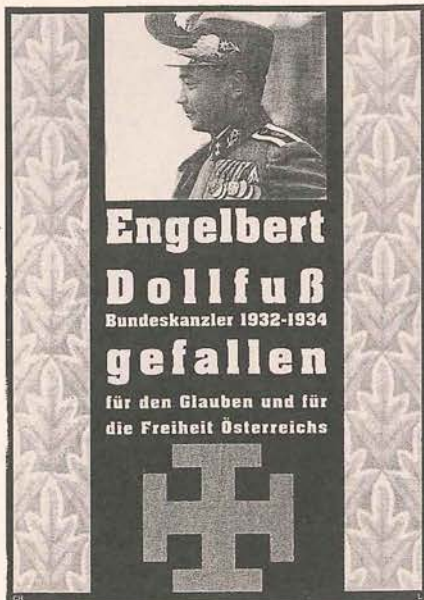
Festausschuß-Sprecher **Franz Watschinger**, der Klagen gegen all jene ankündigte, die gegen den „Freiheitskommers“ demonstrieren wollten und dies auch taten, ist Südtirol-Redakteur der deutschen Rechtsaußenpostille „Junge Freiheit“ und „Brixia“-Mitglied. Er ließ schon im Juli aufhorchen: damals sandte Watschinger der Israelitischen Kultusgemeinde, die gegen den „Freiheitskommers“ protestiert hatte, einen Brief, in dem er beteuerte, „für die Freiheitsrechte des jüdischen Volkes“ eintreten zu wollen. Er unterstellte der Kul-

tusgemeinde, daß diese ein Interesse an dem Treffen vom 22. Oktober haben müßte.

Unter den Veranstaltern dieses Treffens schien auch der „Wiener Korporationsring“ auf, wo bis vor zwei Jahren der nun wegen der Briefbomben in Untersuchungshaft sitzende **Franz Radl** als Sprecher tätig war. Fast überflüssig zu erwähnen, daß auch heuer wieder prominente FPÖ-Redner beim „Kommers“ als Redner auftraten. Vor zehn Jahren, 1984, hatte es schon einmal einen „Kommers“ in Innsbruck gegeben. Damals sprachen neben NDP-Obmann **Norbert Burger** auch der damalige FPÖ-Justizminister **Harald Ofner** und **Siegfried Dillersberger**, der auch heuer die Festrede hielt. Neben ihm kamen FPÖ-Generalsekretär **Walter Meischberger** und ÖVP-Völkerrechtsexperte **Felix Ermacora** zu Wort.

Dem „Aktionsbündnis gegen Rechts-extremismus“, das sich gegen den „Freiheitskommers“ gebildet hat, gilt unsere ganze Solidarität.

Aufgefunden . . .



... im Sommer 1994 in Wien. Freiheit, die sie meinen . . .

(Fortsetzung von Seite 6)

bahner in die Bresche und trug das Banner des Sozialismus weiter. Unter ihnen war auch Hans Gärtner, der Leiter der illegalen Organisation der Straßenbahner des Bahnhofes Rudolfsheim. 1943 wurde er von der Gestapo gefangen, gefoltert und schließlich auf einer Bahre zur Hinrichtungsstätte geschleppt.“

Neue politische Bücher

Die wissenschaftliche Bibliothekarin der Sozialwissenschaftlichen Studienbibliothek der Arbeiterkammer Wien **Dr. Madeleine Woslensky** hat in der AK-Schriftenreihe ein Buch mit dem sonderbaren Titel „**Pernerstorfers Harem und Viktor Adlers liebster Besitz**“ herausgegeben. Schon der Untertitel klärt auf, daß es dabei um „zwei sozialistische Bibliophile, ihre Bücher und die Arbeiterkammerbibliothek“ geht. Das Buch gedenkt des 75. Todestages von Pernerstorfer und Adler, deren Bibliotheken mit jenen von Anton Menger und Leopold Winarsky den Grundstock der Arbeiterkammerbibliothek bilden. In dem reich illustrierten Büchlein erfährt man vieles über die Bibliophilie der beiden bedeutenden Sozialdemokraten und auch einiges Anekdotisches. So entstand in Pernerstorfers Wohnung, während er gerade im Parlament war, ein Brand, und seine Frau rettete seine Bibliothek vor den Flammen, indem sie die Bücher aus dem Fenster warf. Emma Adler berichtete über dieses Ereignis: „Als Pernerstorfer zum Mittagessen heimkam, stand er verzweifelt vor dem Trümmerhaufen seiner Bibliothek und der Ruine seines neuen Heims. Er vergaß seiner Frau zu danken.“ Der Titel des Buches bezieht sich übrigens auf ein Wort von Pernerstorfer selbst, der geschrieben hat, seine Bücher seien „mein Harem und mein Lustgarten“. Und Emma Adler schrieb über ihren Mann: „Victors liebster Besitz waren Bücher und Broschüren.“

Gedenken in Banská Bystrica

Am 12. August 1944 verhängte das faschistische Marionettenregime der Slowakei das Standrecht, und bald darauf erfolgte das Ansuchen an Hitler um militärische Hilfe und Besetzung durch die deutsche Wehrmacht. Dies löste unter der Bevölkerung große Empörung aus. Als das deutsche Heer am 29. August 1944 die Mittelslowakei zu besetzen begann, gab die illegale slowakische Zentrale in Banská Bystrica den Befehl zum Aufstand gegen die deutschen Faschisten. Das Gebiet, in dem Widerstand geleistet wurde, umfaßte den größten Teil der Slowakei. Zwei Monate lang konnten sich 60.000 Soldaten und 18.000 Partisanen gemeinsam mit Kämpfern aus 30 verschiedenen Völkern Europas, Amerikas und Australiens gegen die deutsche Übermacht halten. Am Kampf beteiligten sich Menschen verschiedenster Weltanschauungen. Von deutscher Seite wurden etliche SS-Divisionen und viele Armee-Einheiten in den Kampf geworfen. Das Zentrum des Widerstandes befand sich in Banská Bystrica. Heute erinnert ein markantes Museumsgebäude an diese Ereignisse.

Über Einladung des Preßburger Antifaschistischen Klubs nahm Ende August 1994 eine dreißigköpfige Delegation Wiener und niederösterreichischer Freiheitskämpfer an den Feierlichkeiten zum Gedenken des 50. Jahrestages des

(Fortsetzung auf Seite 8)

DVR:0029106/FK/721/919
HERRN
JOHANNES SCHWANTNER
DARINGERG.14/25/6
1190 WIEN

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P.b.b

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender

(Fortsetzung von Seite 1)

Widerstandes teil. Der Vorsitzende der Preßburger Antifaschisten **Josef Gezi**, ferner die Vorstandsmitglieder **Dr. Antonin Rasla**, **Jan Sekaj**, **Andreas Gombala** und der Sekretär der Sozialdemokratischen Partei, **Wolf**, waren aufmerksame Gastgeber. Auch der Empfang durch den Bürgermeister in der alten Münzstadt Kremnica ließ an Freundlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Unsere Delegation unter Führung der Landesverbandsobmänner **Leo Lesjak** und **Walter Faderny** legte in Preßburg am Mahnmahl für die Opfer des Volksaufstandes einen Kranz nieder. Bundesvorsitzender **Prof. Hugo Pepper** sprach Worte des Gedenkens.

Bei strömendem Regen führten wir eine Stadtrundfahrt durch, die mit einem Freundschaftsbesuch im Klub der Preßburger Antifaschisten endete.

Trotz des stürmischen Wetters ließen wir es uns nicht nehmen, das Donaukraftwerk in Gabčíkovo zu besichtigen. Danach ging die Reise nach Kremnica, der einstigen karpato-deutschen Stadt.

Der musikalischen Umrahmung des Freundschaftsabends folgte die Eintragung im Goldenen Buch der romantisch gelegenen Bergwerkstadt in Anwesenheit des Kremnicer Bürgermeisters.

Den Abschluß und Höhepunkt unserer Fahrt bildete der Besuch von Banská Bystrica und der großen internationalen Kundgebung mit rund 30.000 Menschen aus 20 Staaten.

Wien

Landeskonzferenz. Am 24. September fand im ÖGB-Haus in der Maria-Theresien-Straße die Landeskonzferenz des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus statt. Im Mittelpunkt der Konferenz standen ein Referat des Landespartei-vorsitzenden Stadtrat **Dr. Michael Häupl** und die Neuwahl des Vorstandes. Die Vorsitzende, Genossin **Erna Musik**, teilte zu Beginn der Konferenz mit, daß sie nicht mehr für den Vorsitz kandidieren werde.

Genosse Häupl leitete seine Ausführungen mit einer Erinnerung an Rosa

Jochmann ein, die uns, wie er sagte, Optimismus für die Zukunft vermittelt habe. Auf die am Tag zuvor eröffnete Rosa-Jochmann-Schule in Simmering zu sprechen kommend, sagte Häupl, es sei die Idee von Genossin **Ingrid Smejkal** gewesen, eine Schule nach Rosa Jochmann zu benennen. Genosse Häupl ging dann auf FP-Obmann **Jörg Haider** ein, der die repräsentative Demokratie abschaffen will, und sagte: „Wir werden diese Demontage des demokratischen Geistes in den Köpfen und Herzen der Menschen nicht hinnehmen.“ In diesem Sinne sei der Wahlkampf auch als Kampf um die Demokratie in diesem Land zu verstehen. Die Nationalratswahl am 9. Oktober sei auch eine Vorentscheidung über die Gemeinderatswahl 1996 und darüber, ob Wien ein „rotes Wien“ bleibt, sagte Genosse Häupl. An das Referat schloß sich eine angeregte Diskussion. In seinem Schlußwort bezeichnete es Genosse Häupl als Verpflichtung gegenüber Kindern und Enkelkindern, alles zu tun, damit sich die Vergangenheit nicht wiederholt. Daher gelte es nicht nur gut zu regieren und zu verwalten, sondern auch zu kämpfen.

Die 76 Delegierten der Landeskonzferenz wählten daraufhin in offener Abstimmung den neuen Landesvorstand



der Freiheitskämpfer. Zum neuen Vorsitzenden wurde Genosse **Kurt Schmidt** einstimmig gewählt. Seine Stellvertreter wurden die Genossen **Johann Kancz Ernst Nedwed** und **Hannes Schwantner**. Weiters gehören dem neuen Vorstand an: die Genossen **Ernst Stiller** und **Franz Konir** als Kassier und Kassier-Stellvertreter, die Ge-

nossen **Heinz Popelka** und **Bruno Ernst Liszka** als Schriftführer und Schriftführer-Stellvertreter sowie als Beisitzer die Genoss(inn)en: **Julius Aufrichtig**, **Alexander Blum**, **Steffi Frank**, **Rudolf Gelbard**, **Rosa Heinz**, **Fritz Hofmann**, **Peter Ulrich Lehner**, **Karl Peter Lhotzky**, **Michael Ludwig**, **Hilde Mauritz**, **Hugo Pepper**, **Romana Steininger**, **Gilbert Wasserberger**, **Peter Weidner**. In die Kontrolle wurden gewählt die Genossen **Ferdinand Bartel**, **Walter Lettner**, **Leo Mistingner**, **Kurt Neiger** und **Otto Skritek**.

Einstimmig zur Ehrenvorsitzenden der Wiener Freiheitskämpfer wurde die Genossin **Erna Musik** gewählt.

Wir gratulieren im November und Dezember

Zum 75. Geburtstag: **Johann Zachata**, Wien; **Stefanie Glaser**, NÖ; **Franz Neugschwentner**, OÖ; **Hermine Wipp**, Wien; **Pauline Pölzer**, Wien; **Josef Schmidl**, OÖ; **Prof. Fritz Muliar**, NÖ; **Hans Bubich**, NÖ; **Walter Geister**, NÖ; **Walter Sametz**, Wien; **Eva Fischer**, Stmk.

Zum 80. Geburtstag: **Alfred Stemmer**, Wien; **Alois Eichler**, Tir.; **Hans Steiner**, Bgld.; **Elsa Scharrer**, OÖ; **Franziska Wukitschewitsch**, Stmk.; **Ing. Ernst Figl**, Wien; **Ernst Lehner**, NÖ; **Johann Bock**, Wien; **Hans Barwitzius**, NÖ; **Ernst Gindl**, NÖ; **Lea Watzel**, Stmk.; **Anton Kögl**, NÖ; **Hans Spielvogel**, Wien; **Stefanie Skrob**, Wien; **Hans Pawlik**, Ktn.; **Emma Dufek**, Wien; **Adolfine Mösel**, Wien; **Johann Gänsweider**, Wien; **Rudolf Karnik**, Wien; **Hedy Kubanik**, Wien.

Zum 85. Geburtstag: **Kreszentia Mayer**, Stmk.; **Maria Gaisrucker**, Stmk.; **Karl Kaulich**, OÖ; **Otto Skritek**, Wien; **Anni Kidric**, Stmk.; **Johann Dauner**, Wien; **Otto Wellisch**, NÖ.

Zum 90. Geburtstag: **Käthe Jonas**, Wien; **Emilie Kohl**, Wien; **Magdalena Horvath**, Bgld.; **Anna Schwarz**, Wien; **Franz Blaha**, Wien.

Zum 91. Geburtstag: **Johann Königs-ecker**, OÖ; **Isabella Pollak**, Wien; **Adolf Essl**, OÖ.

Zum 92. Geburtstag: **Karl Schneidhofer**, NÖ; **Maria Maxl**, Wien; **Julius Philipp**, Stmk.; **Stefanie Karwatzky**, Sbg.

Zum 93. Geburtstag: **Gustav Scholze**, Stmk.; **Stefanie Ewanschow**, Wien; **Franz Pehringer**, Stmk.; **Josefine Hollaus**, Wien.

Zum 94. Geburtstag: **Johann Liebl**, Stmk.; **Emil Grauer**, Wien; **Michael Konrad**, Stmk.; **Hermine Swidetzky**, Wien.

Zum 95. Geburtstag: **Maria Fageth**, OÖ.

An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 1/2 ist der 15. Februar 1995.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien.